

Inhalt

Vorwort	21
Abkürzungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	25
1. Wesen und Funktion von Wahlen und Bedeutung des Kommunalwahlrechts	27
2. Wahlsystem des geltenden NKWG	28
2.1 Wahlverfahren	28
2.2 Vor- und Nachteile des geltenden Kommunalwahlsystems	29
3. Wahlrechtsgrundsätze	30
3.1 Grundsatz der unmittelbaren Wahl	31
3.2 Grundsatz der freien Wahl	31
3.3 Grundsatz der gleichen Wahl	32
3.4 Grundsatz der geheimen Wahl	32
3.5 Grundsatz der allgemeinen Wahl	33
3.6 Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl	33
4. Wahlrechtliche Regelungen	34
4.1 Geltungsbereich des NKWG und der NKWO	34
4.2 Wahlrechtliche Regelungen des NKomVG	35
4.3 Begriffsbestimmungen	36
4.3.1 Vertretung	36
4.3.2 Abgeordnete	36
4.3.3 Gemeinde-, Samtgemeinde-, Kreis- und Regionswahl	36
4.3.4 Einwohnervertretung	36
4.3.5 Wahlgebiet	36
4.3.6 Direktwahlen	37
4.3.7 Wahlleitung	37
4.3.8 Allgemeine Neuwahlen	37
4.3.9 Einzelne Neuwahl	37
4.3.10 Hauptwahl	37
4.3.11 Verbundene Wahlen	37
4.3.12 Wahlperiode	38
4.3.13 Amtszeit	38
4.3.14 Maßgebende Einwohnerzahl	38
4.4 Formvorschriften; Fristen	40
4.4.1 Schriftform	40
4.4.2 Fristen und Termine	41

Inhalt

4.4.3	Zustellung	42
4.4.4	Öffentliche Bekanntmachungen	42
4.4.5	Amtliche Vordruckmuster	45
5.	Wahltag	45
5.1	Bestimmung des Wahltags durch die Landesregierung	45
5.2	Bestimmung des Wahltags durch die Vertretung	46
5.2.1	Direktwahl des Hauptverwaltungsbeamten	47
5.2.2	Fristen für die Durchführung einer einzelnen Direktwahl	47
5.2.3	Sonstige Erwägungen für die Terminierung einer einzelnen Direktwahl	47
5.2.4	Terminierung der Stichwahl	48
5.2.5	Zusammenlegung einer einzelnen Direktwahl mit einer anderen Wahl	49
5.2.6	Nachträgliche Verschiebung des Wahltermins	49
5.2.7	Zusammenlegung einer einzelnen Neuwahl mit anderen Wahlen ..	50
5.2.8	Zusammenlegung Wahlen mit Bürgerentscheiden und Einwohnerbefragungen	51
6.	Wahlzeit	52
7.	Wahlorgane	52
7.1	Wahlleitung	53
7.1.1	Hauptverwaltungsbeamter als Wahlleiter kraft Amtes	54
7.1.2	Berufung eines Wahlleiters durch die Vertretung	54
7.1.3	Inkompatibilitäten mit dem Amt der Wahlleitung	57
7.1.4	Unabhängigkeit	58
7.1.5	Aufgaben	58
7.1.6	Bekanntmachung der Wahlleitung durch die Kommune	59
7.2	Wahlausschuss	60
7.2.1	Bildung des Wahlausschusses	60
7.2.2	Aufgaben des Wahlausschusses	64
7.2.3	Verfahren im Wahlausschuss	64
7.3	Wahlvorstand	66
7.3.1	Bildung der Wahlvorstände	67
7.3.1.1	Anzahl der Wahlvorstandsmitglieder	67
7.3.1.2	Berücksichtigung der politischen Parteien	68
7.3.1.3	Berufung weiterer Mitglieder	69
7.3.1.4	Berufung von Minderjährigen in den Wahlvorstand	70
7.3.1.5	Einsatz von Beschäftigten der Gemeinde	70
7.3.2	Ausschlussgründe für eine Mitwirkung im Wahlvorstand	71
7.3.3	Maßnahmen zur Gewinnung von Mitgliedern in den Wahlvorständen	73

	Inhalt
7.3.3.1	Wahlhelferdatei 73
7.3.3.2	Einsatz von Beschäftigten anderer Behörden 74
7.3.3.3	Sonstige Möglichkeiten zur Gewinnung von Wahlvorstandsmitgliedern 76
7.3.4	Berufung, Bestellung, Einberufung und Verpflichtung 77
7.3.5	Ablehnung der Berufung 79
7.3.6	Rechtsschutz gegen die Berufung als Wahlhelfer 81
7.3.7	Nichtwahrnehmung als Ordnungswidrigkeit 82
7.3.8	Entschädigung für die Ausübung von Wahlehrenämtern 82
7.3.9	Neutralität und Verschwiegenheit 84
7.3.10	Schulung der Wahlhelfer 85
7.3.11	Tätigkeit der Wahlvorstände 87
7.3.12	Beschlussfassung 88
7.3.13	Versicherungsschutz für Wahlvorstandsmitglieder 88
7.3.14	Briefwahlvorstand, 88
7.3.15	Hilfskräfte und Hilfsmittel 90
7.4	Allgemeines über Wahlehrenämter 90
7.5	Unabhängigkeit von Wahlausschuss und Wahlvorstand 91
8.	Wahlbehörden, Zentrale Wahlaufgaben 91
8.1	Gemeinde als Wahlbehörde 91
8.1.1	Aufgaben 91
8.1.2	Gemeinde am Wahltag 92
8.1.2.1	Aufgaben 93
8.1.2.2	Beflaggung 93
8.2	Landkreise 94
8.3	Landeswahlleitung und Landeswahlausschuss 94
9.	Wahlberechtigung 94
9.1	Deutscher oder Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaates der EU 95
9.1.1	Deutsche 95
9.1.2	Nichtdeutsche Unionsbürger 96
9.1.3	Kein Ausländerwahlrecht 98
9.2	Vollendung des 16. Lebensjahres 98
9.3	Wohnsitzvoraussetzung 98
9.3.1	Sonderfälle 101
9.3.2	Abweichungen vom Melderecht 102
9.3.3	Sonstiges 103
9.4	Ausschluss vom Wahlrecht 104
9.4.1	Kein Wahlrechtsausschluss bei richterlich angeordneter Unterbringung, Erzwingungshaft, Ordnungshaft oder Arrest 105
9.4.2	Kein Wahlrechtsausschluss mehr für Betreute 105

Inhalt

9.4.3	Mitteilung von Wahlrechtsausschlüssen durch die Gerichte	107
9.5	Keine Stellvertretung bei der Wahlrechtsausübung	107
10.	Wählbarkeit	108
10.1	Voraussetzungen	108
10.2	Ausschluss der Wählbarkeit	109
10.2.1	Wahlrechtsausschluss nach § 48 Abs. 2 NKomVG	109
10.2.2	Ausschluss von der Wählbarkeit durch gerichtliche Entscheidung .	109
10.2.2.1	Verlust der Wählbarkeit infolge Richterspruchs (§ 45 Abs. 1 StGB)	109
10.2.2.2	Verlust der Wählbarkeit durch richterliches Ermessen (§ 45 Abs. 2 StGB)	109
10.2.2.3	Verlust der Wählbarkeit nichtdeutscher EU-Bürger	110
10.3	Unvereinbarkeit von Amt und Mandat	110
10.4	Bewerbung von Bürgermeistern für den Kreistag	113
10.5	Gleichzeitige Bewerbung für die Vertretung und als HVB	114
10.6	„Scheinkandidaturen“	114
11.	Zahl der zu wählenden Abgeordneten	115
11.1	Größe der Räte der Gemeinden und Samtgemeinde	115
11.2	Größe der Kreistage	116
11.3	Größe der Orts- und Stadtbezirksräte	116
11.4	Verringerung oder Erhöhung der Zahl der Abgeordneten durch Satzung	116
12.	Räumliche Wahleinheiten	117
12.1	Wahlgebiet	117
12.2	Wahlbereich	117
12.2.1	Zweck und Auswirkungen auf die Sitzverteilung	118
12.2.2	Anzahl der einzuteilenden Wahlbereiche	119
12.2.3	Zuständigkeit und Verfahren	119
12.2.4	Rechtliche Vorgaben für die Wahlbereichseinteilung	121
12.2.4.1	Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse	122
12.2.4.2	Einhaltung der Grenzen der Gemeinden und Samtgemeinden	124
12.2.4.3	Zielkonflikte bei Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben	125
12.2.4.4	Verfahrenspraktische Hinweise	126
12.3	Wahlbezirke	127
12.3.1	Allgemeine Wahlbezirke	127
12.3.1.1	Bildung	128
12.3.1.2	Abgrenzungskriterien	128
12.3.2	Briefwahlbezirke	131
12.3.3	Sonderwahlbezirke	132
12.3.3.1	Begriff und Voraussetzungen	132
12.3.3.2	Alternativen zur Bildung eines Sonderwahlbezirks	133

	Inhalt
12.4	Wahlräume 133
12.4.1	Kriterien für die Bestimmung 133
12.4.2	Barrierefreiheit 135
12.4.3	Ausstattung 137
12.4.3.1	Wahlkabinen 138
12.4.3.2	Schreibstifte 138
12.4.3.3	Wahlurnen 139
12.4.3.4	Wahlbekanntmachung, Hinweisschilder und Gesetzestexte 140
12.4.3.5	Vorbereitung für den Wahltag 140
13.	Wählerverzeichnis 140
13.1	Bedeutung des Wählerverzeichnisses 141
13.2	Erstellung 142
13.2.1	Inhalt 143
13.2.2	Gliederung 143
13.2.3	Eintragung von Amts wegen 144
13.2.4	Änderungen vor Beginn der Einsichtnahmefrist 146
13.2.5	Änderungen vor Beginn der Einsichtnahmefrist 146
13.3	Wahlbenachrichtigung 147
13.4	Recht auf Einsichtnahme 150
13.4.1	Zweck 150
13.4.2	Zeitpunkt und Dauer 151
13.4.3	Bekanntmachung der Einsichtnahmemöglichkeit 151
13.4.4	Einsichtnahme 151
13.4.5	Technische Umsetzung 152
13.5	Änderung nach Beginn der Einsichtnahmefrist 153
13.5.1	Berichtigungsverfahren 153
13.5.1.1	Berichtigungsantrag 154
13.5.1.2	Entscheidung über Berichtigungsanträge 155
13.5.1.3	Nachweis des Mittelpunkts der Lebensbeziehungen am Ort der Nebenwohnung 157
13.5.2	Änderungen von Amts wegen aufgrund offensichtlicher Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit 157
13.5.3	Umzüge und ihre Berücksichtigung im Wählerverzeichnis 159
13.5.3.1	Wegzug aus Niedersachsen 160
13.5.3.2	Umzug innerhalb Niedersachsens 160
13.5.3.3	Umzug in eine andere Gemeinde desselben Landkreises 160
13.5.3.4	Umzug innerhalb derselben Gemeinde 161
13.5.3.5	Rückwirkende Ummeldung 162
13.6	Auskunft über Daten von Wahlberechtigten 163
13.7	Abschluss 166
13.8	Verwendung durch den Wahlvorstand 167

Inhalt

14.	Wahlscheine	167
14.1	Zwei Arten von Wahlscheinen	167
14.1.1	Abhängiger Wahlschein (unselbständiger Wahlschein)	167
14.1.2	Unabhängiger Wahlschein (selbständiger Wahlschein)	168
14.1.2.1	Unverschuldete Versäumung der Antragsfrist für die Berichtigung des Wählerverzeichnisses	168
14.1.2.2	Entstehung der Wahlberechtigung erst nach Ablauf der Antragsfrist für die Berichtigung	169
14.2	Voraussetzungen für die Erteilung	169
14.3	Beantragung	170
14.3.1	Form des Antrags	170
14.3.2	Beantragung durch Dritte	171
14.3.3	Termine und Fristen für die Beantragung	173
14.4	Erteilung	174
14.4.1	Form	175
14.4.2	Versand an den Wahlberechtigten	177
14.4.3	Aushändigung an andere Personen	180
14.4.4	Briefwahl vor Ort	180
14.4.5	Beschwerde bei Nichterteilung	182
14.4.6	Versand von Briefwahlunterlagen mit falschen Stimmzetteln	183
14.4.7	Ungültigkeitserklärung von Wahlscheinen	183
14.5	Wahlscheinverzeichnisse	185
14.5.1	Allgemeine und besondere Wahlscheinverzeichnisse	185
14.5.2	Inhalte der Wahlscheinverzeichnisse	186
14.5.3	Übergabe des besonderen Wahlscheinverzeichnisses an den Wahlvorsteher	187
14.6	Neuerteilung von nicht zugegangenen oder verlorenen Wahlscheinen	187
15.	Wahlvorschläge für die Wahlen zu den Vertretungen	187
15.1	Wahlbekanntmachung der Wahlleitung	187
15.2	Arten der Wahlvorschläge	191
15.2.1	Parteien als Träger eines Wahlvorschlags	191
15.2.1.1	Wahlbeteiligungsanzeige	191
15.2.1.2	Verfahren	194
15.2.2	Wählergruppe als Träger eines Wahlvorschlags	195
15.2.2.1	Begriff der Wählergruppe	195
15.2.2.2	Mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe	197
15.2.2.3	Nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe	198
15.2.3	Einzelwahlvorschlag	199
15.3	Geltungsbereich des Wahlvorschlags	199
15.4	Verbot des Mehrfachauftretens von Wahlvorschlagsträgern	200

15.5	Keine gemeinsamen Wahlvorschläge mehrerer Wahlvorschlagsträger und Listenverbindungen	200
15.6	Bewerber	201
15.6.1	Zustimmungserklärung des Bewerbers	201
15.6.2	Verbot der Doppel- oder Mehrfachkandidatur	202
15.6.3	Verbot der Aufstellung von Bewerbern anderer Parteien	202
15.7	Anzahl der Bewerber	203
15.8	Aufstellung der Bewerber	204
15.8.1	Zeitpunkt für die Durchführung von Versammlungen	205
15.8.2	Mitglieder- oder Delegiertenversammlung	206
15.8.2.1	Mitgliederversammlung	206
15.8.2.2	Delegiertenversammlung	207
15.8.2.3	Wahl der Delegierten	207
15.8.3	Einheitliche Versammlung	208
15.8.4	Allgemeine Verfahrensfragen	209
15.8.5	Verlagerung der Bewerberaufstellung auf die nächsthöhere Wahlebene	213
15.8.6	Einberufung der Aufstellungsversammlung	215
15.8.7	Stimmrecht der Versammlungsteilnehmer	218
15.8.8	Mindestzahl der stimmberechtigten Versammlungsteilnehmer	220
15.8.9	Aufstellungsverfahrenrecht	220
15.8.9.1	Vorschlagsrecht der Versammlungsteilnehmer	220
15.8.9.2	Vorstellung der Bewerber	221
15.8.9.3	Wahlverfahren	222
15.8.9.4	Absicherung der geheimen Abstimmung	225
15.8.9.5	Dokumentation der Bewerberaufstellung	226
15.8.9.5.1	Niederschrift	226
15.8.9.5.2	Versicherung an Eides statt	227
15.9	Inhalt und Form der Wahlvorschläge	228
15.9.1	Bezeichnung des Wahlvorschlagsträgers	228
15.9.1.1	Parteiename	228
15.9.1.2	Kennwort der Wählergruppe	228
15.9.1.3	Bezeichnung eines Einzelwahlvorschlags	230
15.9.2	Angaben über die Bewerber	230
15.9.2.1	Namen der Bewerber	230
15.9.2.2	Berufsangaben der Bewerber	231
15.9.2.3	Sonstige Bewerberangaben	233
15.9.2.4	Reihenfolge der Bewerber	233
15.9.3	Form	233
15.9.4	Beizufügende Unterlagen und Nachweise	234
15.9.5	Unterschriften	235
15.9.5.1	Unterschriften des Wahlvorschlagsträgers	235

Inhalt

15.9.5.2	Unterstützungsunterschriften	235
15.9.5.2.1	Identität des Wahlvorschlagträgers bei Abspaltung und Zusammenschluss	237
15.9.5.2.2	Ausgabe der Formblätter für Unterstützungsunterschriften	239
15.9.5.2.3	Leistung der Unterschriften	240
15.9.5.2.4	Bescheinigung des Wahlrechts durch die Gemeinde	241
15.9.5.2.5	Umfang der Überprüfung der Angaben zur Person und der Unterschriften	243
15.9.5.2.6	Mehrfachunterzeichnung	245
15.9.5.2.7	Bestätigung; Rückgabe des Formblatts	245
15.9.6	Vertrauenspersonen	246
15.9.6.1	Benennung	246
15.9.6.2	Vertretungsmacht	247
15.10	Einreichung der Wahlvorschläge	248
15.11	Änderung und Zurückziehung von Wahlvorschlägen	249
15.12	Rücktritt, Tod und Verlust der Wählbarkeit von Bewerbern	251
16.	Vorprüfung und Mängelbeseitigungsverfahren	252
16.1	Vorprüfung der Wahlleitung	253
16.1.1	Prüfungsumfang	253
16.1.2	Praktische Durchführung.....	255
16.1.3	Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit des Wahlvorschlags	256
16.2	Mängelrüge der Wahlleitung	256
16.3	Mängelbeseitigung	258
17.	Zulassung der Wahlvorschläge	259
17.1	Sitzung des Wahlausschusses	260
17.2	Entscheidung über die Zulassung	261
17.3	Nachträgliche Änderung des Zulassungsbeschlusses	265
17.4	Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge	265
17.5	Absage der Wahl infolge Bewerbermangels	266
18.	Stimmzettel	267
18.1	Gestaltung und Beschaffenheit	267
18.2	Inhalt der Stimmzettel	271
18.3	Reihenfolge der Wahlvorschläge	272
18.3.1	Grundsätze	272
18.3.2	Verbundene Wahlen	273
18.3.3	Beispiele für die Reihenfolge der Wahlvorschläge	275
19.	Wahlbekanntmachung der Gemeinde oder Samtgemeinde	278
20.	Vorbereitung der Wahlhandlung	281
20.1	Übergabe der Wahlunterlagen	281

	Inhalt
20.2	Zusammentreten des Wahlvorstands 282
20.3	Organisation eines Schichtdienstes 283
20.4	Herrichtung des Wahlraums und sonstige vorbereitende Maßnahmen des Wahlvorstands 284
20.5	Berichtigung des Wählerverzeichnisses 287
20.6	Aufgabenverteilung im Wahlvorstand 288
21.	Wahlhandlung 289
21.1	Wahlzeit 289
21.2	Entscheidungen des Wahlvorstandes 290
21.2.1	Beschlussfähigkeit 290
21.2.2	Beschlussfassung des Wahlvorstands 291
21.3	Eröffnung der Wahlhandlung 291
21.4	Öffentlichkeit 292
21.4.1	Wahlhandlung 293
21.4.2	Zutritts- und Aufenthaltsrecht für jedermann 293
21.4.3	Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes 294
21.4.4	Allgemeine Verhaltensregeln für Anwesende im Wahlraum 294
21.4.5	Medienvertreter 295
21.4.6	Anwesenheit von Beauftragten der Parteien und Wählergruppen .. 295
21.4.7	Umgang mit Wahlbeobachtern 296
21.4.8	Einschränkung des allgemeinen Zutritts- und Aufenthaltsrechts 297
21.4.8.1	Ordnungsbefugnis des Wahlvorstands 297
21.4.8.2	Verweisung von Personen aus dem Wahlraum 298
21.4.8.3	Maßnahmen bei zu starkem Andrang 299
21.5	Verbot der Wählerbeeinflussung: Unzulässige Wahlwerbung, Unterschriftensammlungen und Wählerbefragungen 300
21.5.1	Verbot der Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift und Bild während der Wahlzeit 300
21.5.2	Verbot von Unterschriftensammlungen und Veröffentlichung von Ergebnissen von Wählerbefragungen 303
21.5.3	Exkurs: Unzulässige Wählerbeeinflussung außerhalb des Anwendungsbereichs des § 33 Abs. 2 NKWG 305
21.6	Berichtigung des Wählerverzeichnisses während der Wahlhandlung 306
22.	Stimmabgabe 306
22.1	Prüfung der Wahlberechtigung 306
22.1.1	Feststellung der Identität des Wählers 306
22.1.2	Prüfung der Eintragung im Wählerverzeichnis 308
22.1.3	Zurückweisung wegen Beanstandung des Wahlrechts 309
22.1.4	Aushändigung der Stimmzettel 311
22.1.5	Einmalige und persönliche Ausübung des Wahlrechts 313

Inhalt

22.1.6	Kennzeichnung des Stimmzettels	313
22.1.7	Wahrung des Wahlgeheimnisses; Benutzung der Wahlkabine	314
22.2	Aushändigung eines neuen Stimmzettels	316
22.3	Hilfeleistung bei der Stimmabgabe	316
22.4	Zulassung zum Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne	319
22.5	Untersagung des Stimmzetteleinwurfs	320
22.6	Besondere Vorfälle während der Stimmabgabe	321
22.7	Ende der Wahlzeit, Schluss der Wahlhandlung	322
23.	Briefwahl	322
23.1	Stimmabgabe durch Briefwahl	323
23.1.1	Ablauf der Briefwahl	323
23.1.2	Anwesenheit Dritter bei der Kennzeichnung des Stimmzettels	323
23.1.3	Hilfspersonen bei der Briefwahl	324
23.2	Sammlung der Wahlbriefe durch die Gemeinde	324
23.3	Briefwahl in sozialen Einrichtungen	327
24.	Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des Wahlergebnisses ...	328
24.1	Ermittlung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk	328
24.1.1	Öffentlichkeit der Ergebnisermittlung	329
24.1.2	Allgemeine Verfahrensregelungen	331
24.1.3	Weniger als 30 abgegebene Stimmen	332
24.2	Ablauf der Stimmenauszählung	334
24.2.1	Vorbereitung	334
24.2.2	Zählung der Wähler	335
24.2.3	Zählung der Stimmen	337
24.2.3.1	Prüfung jedes Stimmzettels und Erfassung der gültigen Stimmen ..	337
24.2.3.2	Aussonderung von Stimmzetteln, die Anlass zu Bedenken geben ..	339
24.2.3.3	Entscheidung über die Gültigkeit von Stimmen	339
24.2.3.4	Gültige und ungültige Stimmen	341
24.3	Feststellung des Wahlergebnisses	345
24.4	Bekanntgabe	348
24.5	Schnellmeldung	348
24.6	Wahlniederschrift	349
24.6.1	Verwendung durch den Wahlvorstand	349
24.6.2	Verwendung durch Gemeinde, Samtgemeinde und Wahlleitung ...	350
24.7	Abschlussarbeiten des Wahlvorstands	351
25.	Ermittlung des Briefwahlergebnisses	352
25.1	Organisation der Feststellung des Briefwahlergebnisses	352
25.1.1	Gesonderte Feststellung durch Briefwahlvorstände	352
25.1.2	Einbeziehung in das Ergebnis eines Urnenwahlbezirks	353

	Inhalt
25.1.2.1	Übergabe der Wahlbriefe 355
25.1.2.2	Zulassung der Wahlbriefe bei Einbeziehung des Briefwahlergebnisses 355
25.2	Gesonderte Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses durch einen Briefwahlvorstand 356
25.2.1	Allgemeines zur Arbeit des Briefwahlvorstands 357
25.2.2	Zulassung der Wahlbriefe 358
25.2.3	Prüfung der Wahlbriefe 360
25.2.4	Ermittlung des Briefwahlergebnisses 365
26.	Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses im Wahlgebiet 366
27.	Schnellmeldungen der Wahlleitung 367
28.	Sitzzuteilung 368
28.1	Sitzzuteilung in Wahlgebieten mit einem Wahlbereich 371
28.2	Sitzzuteilung in Wahlgebieten mit mehreren Wahlbereichen 373
28.3	Besonderheiten 373
29.	Ersatzpersonen 374
29.1	Rechtsposition 374
29.2	Reihenfolge der Ersatzpersonen 374
29.3	Wahlgebiete mit mehreren Wahlbereichen 375
30.	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses 375
30.1	Vorermittlungen durch die Wahlleitung 375
30.2	Sitzung des Wahlausschusses 379
30.2.1	Nachprüfungsrecht des Wahlausschusses 379
30.2.2	Berichtigungen der Feststellungen der vorermittelnden Wahlorgane 380
30.2.3	Inhalt der Feststellungen 381
30.2.3.1	Feststellung des Wahlergebnisses in Wahlgebieten mit einem Wahlbereich 381
30.2.3.2	Feststellung des Wahlergebnisses in Wahlgebieten mit mehreren Wahlbereichen 382
30.2.4	Niederschrift 383
30.2.5	Abänderung von Beschlüssen des Wahlausschusses 384
30.3	Weitergabe des endgültigen Wahlergebnisses 384
30.4	Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses 384
31.	Benachrichtigung der gewählten Bewerber 385
31.1	Annahme der Wahl 385
31.2	Ablehnung der Wahl 387
31.3	Verfahren in Fällen von Inkompatibilität 387

Inhalt

31.3.1	Annahme der Wahl mit Nachweis der tätigkeitsbeendenden Erklärung	387
31.3.2	Nachträgliche Feststellung der Inkompatibilität	388
31.4	Beginn der Mitgliedschaft in der Vertretung	389
32.	Nachrücken von Ersatzpersonen	389
32.1	Voraussetzungen für eine Sitznachfolge	389
32.2	Kein Mandatsverlust bei Parteiaustritt	390
32.3	Nachrückende Ersatzperson	391
32.4	Freibleiben von Sitzen	392
32.5	Ausscheiden von Ersatzpersonen aus der Partei oder Wechsel der Partei	392
32.6	Verfassungswidrigkeit einer Partei	395
32.7	Sitzerwerb der Ersatzperson	395
32.7.1	Feststellung des Sitzübergangs	395
32.7.2	Benachrichtigung der Ersatzperson	395
32.7.3	Annahmeerklärung und Sitzerwerb der nachrückenden Ersatzperson	396
32.7.4	Rechtsschutz gegen die Feststellungen im Rahmen des Nachrückverfahrens	396
32.8	Ausscheiden von Ersatzpersonen	397
32.8.1	Ausscheidensgründe	397
32.8.1.1	Ablehnung der Annahme eines Sitzes in der Vertretung	397
32.8.1.2	Beendigung der Parteimitgliedschaft oder Beitritt zu einer anderen Partei und entsprechende fristgerechte Mitteilung der Partei an die Wahlleitung vor Freiwerden des Sitzes	398
32.8.1.3	Verzicht auf die Rechte als Ersatzperson	398
32.8.1.4	Verlust der Wählbarkeit oder nachträgliche Feststellung des Fehlens der Wählbarkeit zur Zeit der Wahl	398
32.8.1.5	Neufeststellung oder Berichtigung des Wahlergebnisses im Wahlprüfungsverfahren	399
32.8.1.6	Annahme der Wahl in ein durch Direktwahl vermitteltes Amt	399
32.8.2	Zuständigkeit und Verfahren	399
32.8.3	Rechtsschutz gegen die Feststellung zum Ausscheiden einer Ersatzperson	400
33.	Wahl der Ortsräte und Stadtbezirksräte	400
34.	Wahl in besonderen Fällen	401
34.1	Nachwahl	401
34.1.1	Voraussetzungen	402
34.1.1.1	Höhere Gewalt	402
34.1.1.2	Wahlabsage mangels ausreichender Bewerberzahl	402
34.1.2	Verfahren und Termin der Nachwahl	403
34.2	Wiederholungswahl zur Wahl der Vertretung	403

	Inhalt
34.2.1	Allgemeines 403
34.2.2	Bestimmung des Wahltags 405
34.2.3	Verfahren 406
34.2.3.1	„nach den Wählerverzeichnissen der Hauptwahl“ 406
34.2.3.2	„nach den Wahlvorschlägen der Hauptwahl“ 407
34.2.3.3	Sonstige Verfahrensregelungen 407
34.3	Einzelne Neuwahl der Vertretung 409
34.3.1	Neuwahl wegen Auflösung der Vertretung 409
34.3.1.1	Voraussetzungen 409
34.3.1.2	Verfahren 410
34.3.2	Neuwahl wegen kommunaler Neugliederungen 411
34.3.2.1	Voraussetzungen 411
34.3.2.2	Verfahren 412
35.	Direktwahlen 413
35.1	Allgemeines 413
35.2	Rechtsgrundlagen 414
35.3	Wahlsystem 415
35.4	Wahltag 416
35.5	Verzicht auf die Direktwahl aufgrund von kommunalen Neugliederungen 416
35.6	Wahlbekanntmachung der Wahlleitung 417
35.7	Wahlorgane 419
35.8	Wählbarkeit 419
35.8.1	Verfassungstreue des Bewerbers 420
35.8.1.1	Freiheitliche demokratische Grundordnung 422
35.8.1.2	Gewährbieten 423
35.8.1.3	Anlass zu Zweifeln an der Verfassungstreue 424
35.8.1.4	Beteiligung der Kommunalaufsichtsbehörde 427
35.8.1.5	Entscheidung des Wahlausschusses 430
35.9	Unvereinbarkeit 431
35.10	Wahlvorschläge 432
35.10.1	Wahlbeteiligungsanzeige 432
35.10.2	Aufstellung der Bewerber 432
35.10.3	Bewerbersuche 432
35.10.4	Zeitpunkt der Kandidatenaufstellung 433
35.10.5	Unterzeichnung der Wahlvorschläge 433
35.10.6	Inhalt und Form der Wahlvorschläge 435
35.10.7	Gemeinsame Wahlvorschläge 435
35.10.8	Einreichung der Wahlvorschläge 437
35.10.9	Keine Einreichung von Wahlvorschlägen 437
35.10.10	Rücktritt und Tod des Bewerbers 437

Inhalt

35.10.11	Prüfung, Mängelbeseitigung, Änderung, Zurückziehung und Zulassung der Wahlvorschläge	437
35.10.12	Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge	438
35.10.13	Besonderheiten für die Wahl bei vorzeitigem Ausscheiden des Amtsinhabers	439
35.11	Vorbereitung der Wahl	439
35.11.1	Wählerverzeichnis	439
35.11.2	Wahlbenachrichtigungen	440
35.11.3	Wahlscheine	441
35.11.4	Wahlscheinverzeichnis	441
35.11.5	Stimmzettel	442
35.11.5.1	Mehr als zwei Bewerber	442
35.11.5.2	Zwei Bewerber	444
35.11.5.3	Ein Bewerber	445
35.11.6	Wahlbekanntmachung der Gemeinde oder Samtgemeinde	446
35.11.7	Wahlvorstand	448
35.12	Wahlhandlung	448
35.12.1	Rückgabe der Wahlbenachrichtigung	448
35.12.2	Stimmabgabe mit Wahlschein bei der einzelnen Direktwahl	448
35.13	Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses	449
35.13.1	Ermittlung im Wahlbezirk	449
35.13.1.1	Ungültige Stimmzettel	449
35.13.1.2	Feststellungen des Wahlvorstands	450
35.13.1.3	Schnellmeldung	450
35.13.2	Feststellungen des Wahlausschusses	450
35.13.2.1	Feststellungen bei mehreren Wahlvorschlägen	451
35.13.2.2	Feststellungen bei einem Wahlvorschlag	451
35.13.3	Ermittlung des Briefwahlergebnisses	452
35.14	Annahme der Wahl	452
35.15	Stichwahl	453
35.15.1	Bekanntmachung	453
35.15.2	Wählerverzeichnis	453
35.15.3	Stimmzettel	454
35.15.4	Durchführung	454
35.15.4.1	Wahlhandlung und Ermittlung des Wahlergebnisses	454
35.15.4.2	Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss	454
35.15.4.2.1	Stichwahl mit zwei Bewerbern	455
35.15.4.2.2	Stichwahl mit einem Bewerber	455
35.16	Wiederholungswahl der Direktwahl	455
35.17	Neue Direktwahl	456
35.18	Abwahl	457

	Inhalt
36.	Wahlprüfung 459
36.1	Allgemeines 459
36.1.1	Ausschluss anderer Rechtsbehelfe 460
36.1.2	Gegenstand der Wahlprüfung 461
36.2	Wahleinspruch 462
36.2.1	Einspruchsberechtigung 462
36.2.2	Adressat 462
36.2.3	Form und Frist 463
36.2.4	Begründung 464
36.2.5	Vorlage bei der Vertretung 466
36.2.6	Keine aufschiebende Wirkung des Wahleinspruchs 466
36.3	Wahlprüfungsverfahren 466
36.3.1	Zuständigkeit 466
36.3.2	Fristen 467
36.3.3	Verfahren in der Vertretung 467
36.3.3.1	Beteiligte 468
36.3.3.2	Mitwirkungsverbot 469
36.3.3.3	Anhörung der Beteiligten 469
36.4	Materielles Wahlprüfungsrecht 470
36.4.1	Wahlfehler 470
36.4.2	Mandatsrelevanz des Wahlfehlers 471
36.4.3	Verfahrensgrundsätze 474
36.4.4	Begrenzung des Prüfungsgegenstands durch den Einspruch 474
36.4.5	(Eingeschränkter) Amtsermittlungsgrundsatz 474
36.5	Wahlprüfungsentscheidung 476
36.6	Wirkung der Wahlprüfungsentscheidung 478
36.7	Wahlprüfung und Kommunalaufsicht 478
36.8	Wahlprüfungsklage 479
36.9	Verwaltungsgerichtliches Verfahren 480
36.10	Auswirkungen auf Entscheidungen der Vertretung 482
37.	Wahlkostenerstattung 482
38.	Wahlstatistik 484
38.1	Amtliche Wahlstatistik 484
38.2	Sonstige wahlstatistische Auszählungen (kommunale Wahlstatistik) 484
38.3	Veröffentlichung wahlstatistischer Auszählungen 485
39.	Aufbewahrung und Vernichtung der Wahlunterlagen 485
40	Datenschutz 486
41.	Neutralitätspflicht kommunaler Organe 487

Inhalt

42.	Wahlwerbung im öffentlichen Straßenraum (Plakatwerbung)	490
43.	Überlassung kommunaler Einrichtungen an Wahlvorschlagsträger	495
44.	Wahlgeräte	497
45.	Durchführung von Wahlen unter Berücksichtigung pandemiebedingter Infektionsgefahren	498
45.1	Bestellung von Wahlorganen	498
45.2	Wahlräume	498
45.3	Ausstattung der Wahlvorstände	499
45.4	Wahlhandlung	499
45.4.1	Abstandsgebot und Schichtbetrieb des Wahlvorstands	499
45.4.2	Verzögerungen bei der Stimmabgabe	499
45.4.3	Mund-Nasen-Bedeckungen bei Wahlberechtigten	499
45.4.4	Wahlbeobachtung	500
45.4.5	Ordnung im Wahlraum	500
45.4.6	Briefwahl	500

Anhang

1.	Berechnungsbeispiele für die Sitzverteilung und die Feststellung der Ersatzpersonen	503
2.	Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz (NKWG)	513
3.	Niedersächsische Kommunalwahlordnung (NKWO)	543
4.	Grundgesetz (GG) – Auszug	585
5.	Niedersächsische Verfassung (NV) – Auszug	586
6.	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) – Auszug	587
7.	Strafgesetzbuch – Auszug	596
8.	Prüfbogen für die Vorprüfung eines Wahlvorschlags	598
9.	Übersicht über die wichtigsten Wahlmeldungen	602
10.	Hinweise zur Beurteilung von Mängeln bei der Stimmabgabe	603
11.	Übersicht über die Anlagen der NKWO und ihre Verwendung	605
12.	Muster der Anlagen 1 bis 35 der NKWO	608
13.	Runderlass des MW „Lautsprecher- und Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen“	720

Stichwortverzeichnis	723
-----------------------------------	------------